Humanistische Union

MITTEILUNGEN

Nr. 63 | 26. Juli 1973 | B 20885 F

Aus der Vorstandsarbeit

Der am 10. 2. 1973 gewählte Vorstand hatte seine erste – informelle – Besprechung am 10. 2. 1973. Seitdem ist er drei Mal zusammen gekommen. Der folgende Bericht zeigt, welche verschiedenen Fragen bei diesen Sitzungen behandelt wurden.

Ein wichtiger Beschluß war die Vergabe des Fritz-Bauer-Preises an RA Heinrich Hannover, über die in diesen Mitteilungen berichtet wird.

Der lange geplante Klerikalismuskongreß wird im September 1973 durch den Landesverband NRW durchgeführt (s. Einladung auf Seite 4).

Am 3./4. Nov. 1973 veranstaltet die Humanistische Union eine Tagung in Köln zum Thema „Kinderfeindlichkeit in der Bundesrepublik? Situation und Chancen einer wehrlosen Minderheit". **Interessenten sollten sich den Termin vormerken.**

Für 1974 ist eine größere Werbeaktion für die HU geplant, deren Einzelheiten noch in Arbeit sind. Nachdem die HU jahrelang sich fast ausschließlich für ihre politischen Forderungen eingesetzt hat, in der Hoffnung, daß diese Bemühungen auch durch Beitritte neuer Mitglieder honoriert würden, müssen wir jetzt etwas tun, um die Notwendigkeit und Bedeutung der HU selbst deutlich zu machen.

In Bezug auf die Reform des § 218 bereitet der Vorstand Maßnahmen für den Fall vor, daß der Bundestag die Fristenlösung annimmt, jedoch der Bundesrat evtl. Einspruch einlegt. In diesem Zusammenhang begrüßt der BV die vielfachen Initiativen von Orts- und Landesverbänden in dieser Sache, und dankt den beteiligten Mitgliedern für ihre Arbeit.

Dem Bundeskanzler wurde die Stellungnahme der Delegiertenkonferenz zu seinen Ausführungen in der Regierungserklärung über die Stellung der Kirchen übermittelt zugleich mit einer Aufforderung die Kirchenführungen öffentlich aufzufordern, sich der Hetze gegen die Vertreter der Fristenlösung entgegenzustellen. – Das Bundeskanzleramt hat Interesse an einem Gespräch mit der HU über diesen Gesamtkomplex gezeigt. Weniger erfreulich war eine andere Angelegenheit, mit der sich der Bundesvorstand befassen mußte. Ein Mitglied in NRW hat den Namen des dortigen Landesverbands unter einen Aufruf anderer Organisationen gesetzt, ohne dazu berechtigt oder beauftragt zu sein. Der Bundesvorstand hat diesen gegen die Grundsätze innerverbandlicher Demokratie verstoßenden Alleingang mißbilligt und dies dem betreffenden Mitglied wie auch dem Landesverband, der aus falscher Loyalität sein Mitglied decken wollte, mitgeteilt. Im Interesse eines einheitlichen Auftretens der HU liegt es, die vom Bundesvorstand in Nr. 53 der „Mitteilungen" im Oktober 1971 veröffentlichten Grundsätze zu beachten. Danach sollen Stellungnahmen zu bundespolitischen Fragen nicht ohne vorherige Abstimmung mit dem Bundesvorstand abgegeben werden.

Fritz-Bauer-Preis für Heinrich Hannover

Am 16. Juli 1973 wurde gemäß dem Vorstandsbeschluß, über den die letzten „Mitteilungen" bereits berichteten, Rechtsanwalt Heinrich Hannover der diesjährige Fritz-Bauer-Preis verliehen. Die Verleihung fand im Stadtverordnetensaal des Frankfurter „Römer" statt. Frau Dr. Charlotte Maack, die im Namen des Bundesvorstands der Humanistischen Union den Preis übergab, erklärte bei dieser Gelegenheit u. a.:

„Die diesjährige Preisvergabe soll unmißverständlich und hoffentlich in der Öffentlichkeit unüberhörbar zum Ausdruck bringen, daß gerade in politischen Prozessen der mutige und kompromißlose Einsatz der Strafverteidiger um der Rechtsstaatlichkeit des Verfahrens willen, unabdingbar ist ... Heinrich Hannover durch den Fritz-Bauer-Preis zu ermutigen beinhaltet zugleich den Versuch der Humanistischen Union – auf Grund ihrer rechtsstaatlichen Sensibilität von der hier als zweitrangig zu bewertenden staatspolitischen Interessen unangefochten– auf die übergeordnete Notwendigkeit rechtsstaatlicher Verfahren auch für – hysterischen Massenvorurteilen ausgelieferte – politische Straftäter hinzuweisen. Auch diejenigen, die das Grundgesetz und die auf seiner Grundlage erlassenen Gesetze nicht anerkennen, haben nach eben diesem Grundgesetz Anspruch auf Rechtsschutz und die Einhaltung des Verfassungsgebots die Würde des Menschen auch im Strafvollzug zu respektieren."

Die umfangreiche Laudatio Prof. Rudolf Wiethölters gab eine prägnante Analyse unseres Rechtssystems im Spannungsfeld politischer Konflikte. Prof. Wiethölter leitete die Laudatio u. a. mit den Worten ein: „Prägnanter sind Anlaß und Problem unserer Preisverleihung nicht zu treffen: Fritz Bauer wäre 70 Jahre alt geworden, der Generalstaatsanwalt, der nicht richten mochte, sondern Menschenrechte wie Gesellschaft zu verteidigen suchte; Heinrich Hannover erhält den Preis, der Verteidiger, den eine produzierte Öffentlichkeit ohne Anklage richtet; zwischen den beiden Außenseitern wir, die wir uns wehren sollten gegen Strategien absichtsvoller Mißverständnisse, die sich mit der Preisverleihung gern verbinden möchten, wie gegen Strategien landesüblich-feiertäglicher Distanziertheit, die sich in unverbindliche Redeweise flüchtet. Unsere Chance in solcher Situation ist es, einen unverzichtbaren Kern von Öffentlichkeit – als vermittelter Einheit von Politik und Moral – dadurch zu nutzen, daß wir jenseits von bedingungsloser Identifizierung oder perfider Verständnis-Attitude einen Akt kritischer Solidarität setzen mit einer Qualität kontinuierlich-beharrlicher und lebensgeschichtlich engagierter Berufsarbeit, für die Heinrich Hannover als Beispiel steht ... Zu fragen, ob diese Preisverleihung klug gewesen sei, ist ... schon deshalb eine dumme Frage, weil es nicht um Parteinahme für oder gegen Heinrich Hannover, geschweige seine Mandanten oder seine Gegner geht, sondern um Parteinahme für die Ermöglichung überhaupt erst bestimmter Parteinahme in unserer Gesellschaft. Wer unsere Preisverleihung gar als Provokation stilisiert, also nicht begreifen kann oder will, daß sie ein Anstoß sein könnte, gerade umgekehrt mit einer Provokation fertig zu werden, die für kritische Kräfte in dieser Gesellschaft darin liegt, sich disziplinieren zu lassen oder schwer eingrenzbare Regelverstöße auf sich zu nehmen, den werden wir ohnehin nicht „überzeugen". Denn es ist ja genau unser Thema, daß sich objektivierbare Brüche quer durch unsere Gesellschaft ziehen. Sie lassen sich von so ehrwürdigen, aber durch und durch problematischen Kategorien wie Wahrheit, Meinungsfreiheit, Verantwortung, Gewissen, Überzeugung, Diskussion und Argumentation, Sachoffenheit und Sachlichkeit, Toleranz, Pluralismus schon deshalb nicht verkleistern, weil sie alle ihrerseits Pareinahmen enthalten, die sich je absolut setzen."

Fortsetzung Seite 2

HU gegen Meinungsterror

Der Ortsverband Hamburg der Humanistischen Union hat die Vorgänge um den geplanten Vortrag des früheren Ersten Bürgermeisters Hamburgs Prof. Dr. Herbert Weichmann am 22. Juni 1973 an der Universität Kiel mit großem Bedauern zur Kenntnis genommen.

Prof. Weichmann sollte dort über die Frage ob das „Grundgesetz in Not sei" einen Vortrag halten. Er wurde durch bestimmte studentische Gruppen daran gehindert zu sprechen. Er wurde als „Volksfeind" beschimpft und mit Eiern beworfen.
Die Anwesenheit von Presse und Rundfunk wurde von den protestierenden Gruppen als „Provokation" bezeichnet.
Hierzu erklärte der Ortsverband Hamburg der HU folgendes:

1) Wir wenden uns dagegen über studentische Gruppen pauschale Urteile zu fällen. In dem geschilderten Fall handelt es sich jedoch konkret darum, daß die dort beteiligten Gruppen Prof. Weichmann durch Bedrohung und Gewalt daran gehindert haben, das Recht auf freie Meinungsäußerung auzuüben. Wir verurteilen genau dieses Verhalten als undemokratisch und intolerant.
2) Die HU ist seit ihrer Gründung dafür eingetreten, daß die Möglichkeiten des Bürgers, seine im Grundgesetz verankerten Rechte wahrzunehmen, verbessert werden müssen. Das schließt nicht aus, daß auch wir das Grundgesetz in einzelnen Punkten für verbesserungsbedürftig halten. Wir bedauern es daher sehr, daß das Thema „Grundgesetz" Gegenstand einer derart undemokratischen Aktion wurde. Auf der anderen Seite bedauern wir, daß gerade Prof. Weichmann, dessen demokratische Einstellung über jeden Zweifel erhaben ist, und der durch das nationalsozialistische Regime schweres Unrecht erlitten hat, Opfer eines solchen Meinungsterrors wurde.
3) Die Anwesenheit von Presse und Rundfunk ist in einem demokratischen Staat niemals Provokation. Ihre Anwesenheit und die Vielfalt ihrer Berichterstattung ist vielmehr mit eine Garantie für die Erhaltung und Verwirklichung unseres freiheitlichen Rechtsstaates. Es zeugt von einem Fehlen jeglichen Demokratieverständnisses, wenn man die Anwesenheit von Presse und Rundfunk als „Provokation" bezeichnet.

Kirche, Staat und Demokraten

Vortragsreihe des OV München

Der Ortsverband München veranstaltete in Zusammenarbeit mit der GEW in den Monaten Juni und Juli eine Vortragsreihe mit dem Thema „Kirche, Staat und Demokraten", die sich mit sechs Einzelvorträgen über drei Wochen erstreckte.
Die Vortragsreihe wurde eröffnet mit einem Referat von Dr. Karlheinz Deschner, bekannt durch seine kritischen Bücher „Abermals krähte der Hahn", „Das Jahrhundert der Barbarei", „Mit Gott und den Faschisten" u. a., zum Thema „Christentum und Sexualität". Das Referat bot einen kritischen ideologiegeschichtlichen Abriß der einschlägigen kirchlichen Lehren und einen Vergleich derselben mit den konkreten Verhaltensweisen von Kirche und Klerus im Laufe der Geschichte. Differenziert wude nachgewiesen, wie die Diffamierung des Geschlechtlichen (Sexualität = Sünde) zu übermäßigen Schuldgefühlen und damit zur Liebesunfähigkeit führte und führt. Aggressivität ist dann die notwendige Folge solcher psychischen Prozesse.
Dr. Knut Walf, Dozent für Kirchenrecht an der Universität München und exponiertes Mitglied der Sozialdemokratischen Wählerinitiative referierte über „Der lautlose Umbruch — Katholische Kirche und Gesellschaft in der BRD". Er beleuchtete aus seiner Sicht die Entwicklung des Katholizismus in den letzten Jahren. Einerseits sieht er eine Tendenz zur wachsenden Mündigkeit der Laien, die aber in den offiziellen Verlautbarungen der Kirche nicht zum Ausdruck kommen. Auch die sog. progressive Theologie führt innerhalb der Kirche ein Schattendasein. Die Einflußnahmen der Kirche auf die Öffentlichkeit sind differenzierter und weniger provokativ geworden. Das ist das eigentlich Neue am Neoklerikalismus, denn die Zielsetzungen der Amtskirche sind nach wie vor klerikal im schlechtesten Sinne des Wortes.
Rechtsanwalt Erwin Fischer, Beiratsmitglied der Humanistischen Union, trat für eine klare und entschiedene Trennung von Staat und Kirche ein, die er, trotz der im Grundgesetz vorgesehenen Ausnahmen, letztlich für ein Gebot unserer Verfassung hält. Kritisch setzte er sich mit den Passagen der letzten Regierungserklärung von Willy Brandt zu dieser Frage auseinander. Das Thema seines Vortrags lautete „Sozialliberale Koalition und Kirche".
Der bekannte Schriftsteller Otto F. Gmelin, bot mit seinem Referat „Der Kulturkampf der Kirchen gegen die Frau" eine wertvolle Ergänzung der Ausführungen von Dr. Karlheinz Deschner. Er zeigte, wie die kirchliche Ideologie seit Jahrhunderten die Unterdrückung der Frau begründet und verfestigt hat.
Prof. Dr. Ulrich Sonnemann zeigte in seinem Vortrag „Theologische Kopfbräuche in Deutschland und wie man sie los wird", wie die autoritären theologischen Denkstrukturen in das säkularisierte politische

Fortsetzung Seite 3

Fortsetzung von Seite 1

Der Preisträger dankte mit einer justizkritischen Rede.

Die vollständigen Texte der anläßlich der Preisverleihung gehaltenen Ansprachen kann jedes interessierte Miglied über die Bundesgeschäftsstelle erhalten. Sie erscheinen außerdem in einer der nächsten Ausgaben der „Vorgänge".

PERSONALIEN

Peter Bernhardi (30, seit 15. 6. 73 Nachfolger Leo Derriks im Amt des Bundesgeschäftsführers der HU, dürfte Lesern der „Mitteilungen" kein ganz Unbekannter sein. In Nr. 55 z. B. erschien ein Beitrag von ihm über eines seiner Lieblingsthemen: Die Mitgliederwerbung. In der politischen Arbeit machte der gelernte Industriekaufmann Bernhardi seine eigenen Erfahrungen mit der Macht: wegen oppositioneller Gewerkschaftsarbeit in einem Kettenunternehmen des Einzelhandels sah er sich zum „Gehen" veranlaßt — nach fünfjähriger Betriebszugehörigkeit. Damals wurde P. B. zum 2. Vorsitzenden des Ortsverbandes Frankfurt gewählt, ein Jahr später zum Landesbeauftragten der HU Hessen für Ausländerfragen und 1972 zum 1. Vorsitzenden in Frankfurt. Politische Akzente setzte Peter Bernhardi bei der Information über die Modalitäten des Kirchenaustritts und bei der Aufklärung über die Lage der ausländischen Arbeitnehmer. Publizistisch hervorgetreten ist er u. a. in den „Vorgängen" 12'72 mit einer kritischen Auswertung der sogenannten Synoden-Umfrage der katholischen Bistümer.

Vor seiner Anstellung als Bundesgeschäftsführer der HU war Peter Bernhardi Student an der Frankfurter Fachhochschule für Wirtschaft. Sein Lieblingsgetränk ist Bier, seine Lieblingslektüre sind Beitrittserklärungen. Klaus Scheunemann

Von Schoeler soll sich zur Führung der FDP bereithalten

Bonn (fdk). Zum 25. Geburtstag des HU-Mitglieds und jüngsten Bundestagsabgeordneten, Andreas von Schoeler, hat F. D. P.-Generalsekretär Karl-Hermann Flach ein Glückwunschtelegramm übermittelt, das folgenden Wortlaut hat:

„Zur Vollendung Ihres ersten Vierteljahrhunderts gratuliere ich Ihnen sehr herzlich und wünsche Ihnen weiterhin Rüstigkeit und geistige Frische. Nachdem ich gelesen habe, daß ich Rücktrittsabsichten hege und Scheel bald abtreten wolle, erfüllt es mich mit Zuversicht, daß qualifizierter Nachwuchs zur Führung der Partei bereitsteht, der durch seine vergleichsweise hohe Lebenserwartung ein Quentchen personeller Kontinuität in der Parteispitze garantieren würde. Halten Sie sich bereit."

Denken übernommen wurden und nach wie vor als antidemokratische Elemente einer demokratischen Bewußtseinsbildung im Wege stehen.

Prof. Dr. Hubertus Halbfas, Professor für Religionspädagogik in Reutlingen, schloß die Vortragsreihe mit seinen Ausführungen „Über Aggressivität und Friedensunfähigkeit im Christentum". Er ging aus von den erschreckenden Ergebnissen jüngerer sozialempirischer Untersuchungen, die zeigen, daß Christen eher zu aggressivem Verhalten neigen als Nichtchristen. Unter den Christen sind es wiederum die regelmäßigen Kirchgänger, die stärker aggressiv sind als die Nichtkirchgänger, und unter den Kirchgängern wiederum sind die Katholiken eher geneigt, aggressiv zu reagieren als protestantische Gläubige. Die sozial-empirischen Untersuchungen, auf die sich Prof. Halbfas bezog, erarbeiteten diesen Befund vor allem an Auseinandersetzungen um Probleme wie die Todesstrafe, den Kriegsdienst oder die atomare Abschreckung. Auch eine diesbezügliche Untersuchung der europäischen Geschichte zeigt, daß das christliche Abendland keineswegs friedfertiger war als andere Kulturkreise. Im Gegenteil, die europäische Geschichte ist eher mehr als die Geschichte anderer Kulturkreise von Kriegen und gewaltsamen Auseinandersetzungen geprägt. Daß das Christentum entgegen seinem eigenen Anspruch nicht in der Lage war, die Friedfertigkeit der menschlichen Gesellschaft zu fördern, ist nach Ansicht von Prof. Halbfas zum guten Teil bereits in den Anfängen christlicher Ideologie begründet. Er belegte dies am Vergleich des alttestamentlichen jüdischen Friedensbegriffs mit dem neutestamentlichen paulinischen. Während das jüdische „Schalom" einen sozialen Frieden meint, ist der paulinische Friedensbegriff als der Friede zwischen dem individuellen Menschen und s e i n e m Gott zu verstehen. Ein solcher egozentrischer Friedensbegriff ist nur sehr schwer in soziale Verantwortung zu übersetzen.

Kleines Kursbuch in die Freiheit

Unter diesem Titel hat der Ortsverband Essen, Arbeitsgruppe Strafvollzug, jetzt eine Broschüre herausgegeben, die entlassenen Strafgefangenen helfen soll, sich in der Freiheit zurechtzufinden. Die Broschüre ist natürlich ganz auf die lokalen Essener Verhältnisse zugeschnitten. Trotzdem sei allen Ortsverbänden und an der Frage interessierten Mitgliedern empfohlen, sich die Broschüre zu besorgen, um sie evtl. als Muster entsprechender eigener Initiativen zu verwenden. Da unsere Essener Mitglieder die Kosten für die Broschüre selbst oder aus Sonderspenden finanzieren müssen, bitten sie um Verständnis dafür, daß sie Exemplare der Broschüre nur gegen einen Unkostenbeitrag von DM 2,– abgeben können. Alle Interessierten können die Broschüre gegen entsprechende Voreinsendung des Betrags beziehen bei: Humanistische Union Ortsverband Essen, Arbeitskreis Strafvollzug, Karl Cervik, 43 Essen, Carmerstraße 15, Postscheckkto. Essen, Kto.-Nr. 181653.

Kurzberichte · Informationen · Einladungen

Die Aktion „Pro Fristenlösung" des **Ortsverbandes Hannover** der Humanistischen Union hat ein lebhaftes Echo gefunden. Innerhalb einer Woche bekundeten fast 2000 Mitglieder der evangelischen und katholischen Kirche durch ihre Unterschrift, daß sie mit der Ablehnung der Fristenlösung durch Vertreter der Amtskirchen nicht einverstanden sind.
Kirchenmitglieder beider Konfessionen unterschrieben damit die Erklärung, daß sie für die Fristenlösung eintreten und anderslautende Erklärungen von kirchlicher Seite nicht in ihrem Namen abgegeben wurden.
Die vielen Unterschriften der Kirchenmitglieder für die Fristenlösung wurden von der Humanistischen Union nicht nur auf brieflichem Wege, sondern auch durch Verteilung von Flugblättern sowie über einen Informationsstand während des studentischen Sommerfestes der Technischen Universität im Welfengarten gesammelt.
Das Ziel der gut vorbereiteten Kampagne: Der HU-Ortsverband Hannover hatte zu dieser Aktion aufgerufen, um zu verdeutlichen, daß Kardinäle, Bischöfe, Pfarrer und hohe Laien nicht im Namen aller Kirchenmitglieder sprechen.

Der **Landesverband NRW** hat eine gezielte Flugblatt- und Unterschriftenaktion zur Reform des § 218 initiiert, der sich dann mehrere andere Verbände anschlossen.
In einer Auflage von 100.000 Stück wurde und wird in NRW ein Flugblatt verbreitet, daß sich insbesondere an die Bundestagsabgeordneten der SPD wendet, die gegen die Fristenlösung und für die Indikationsregelung stimmen wollen. Schwerpunkt der Aktion sind auch die Wahlkreise dieser Abgeordneten, nämlich Essen, Wattenscheid, Wuppertal, Remscheid, Krefeld, Rheydt-Grevenbreich, Hamm und Lippstadt. In diesen Orten fanden und finden Unterschriftensammlungen unter einen entsprechenden Offenen Brief an den jeweiligen Bundestagsabgeordneten statt, in dem dieser dringend aufgefordert wird, dem Wählerwillen und den besseren Argumenten entsprechend, bei der entscheidenden Abstimmung doch für die Fristenlösung zu stimmen.
Die bisher erhaltenen Unterschriften wurden per Einschreiben an die betreffenden Bundestagsabgeordneten und als Kopie an die Bundestagsfraktion der SPD in Bonn weitergeleitet.

Für Samstag, den 2. Juni 1973 hatte die katholische „Aktion für das Leben" zu einer Demonstration gegen die Reform des § 218 in München aufgerufen.

Der **Ortsverband München** hatte aus diesem Anlaß ein Informationsblatt herausgegeben und verteilt, das den Standpunkt der HU zu dieser Frage noch einmal erläuterte. Die Humanistische Union äußerte bei dieser Gelegenheit die Hoffnung, daß die geplante Demonstration im Gegensatz zu vielen anderen katholischen der letzten Zeit, ohne Demagogie und Emotionalisierung verläuft. Auch wenn man mit dem Standpunkt der „Aktion für das Leben" nicht einverstanden ist, mußte man anerkennen, daß das zur Demonstration aufrufende Flugblatt sich durch seinen zurückhaltenden Stil wohltuend von anderen Äußerungen der katholischen Seite unterschied.
Der Verlauf der Demonstration strafte diese Hoffnung jedoch Lügen. Nur dadurch, daß die Ordner der katholischen Demonstration die Flugblattverteiler der Humanistischen Union und anderer Gegendemonstranten in Schutz nahmen, konnten tätliche Auseinandersetzungen vermieden werden.

Strafvollzugsarbeit

Im **Ortsverband Hamburg** der Humanistischen Union hat sich ein Arbeitskreis „Strafrechtsreform – Strafvollzug" gebildet, und/zwar zunächst in loser Form. Der Arbeitskreis ist bemüht, in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitskreisen anderer Ortsverbände, Probleme des Strafvollzuges und der Strafrechtsreform nicht nur zu diskutieren, sondern praktisch an einer Harmonisierung m i t z u a r b e i t e n. Hierzu gehören neben der großen Reform auch sehr viele „kleine Schritte", um bereits an der Basis vorhandene Schwierigkeiten wegzuräumen. Menschliche Hilfe soll im Arbeitskreis das Fundament der Arbeit sein.
Jeder ist zur tätigen Mitarbeit herzlich eingeladen.
Vorläufige Sprecher des Arbeitskreises: Paul-Georg Schlaffke und Willi Stock. Die Adresse des Arbeitskreises ist die von Herrn Schlaffke, 2 Hamburg 26, Osterbrook 45, Tel. 040 / 21 20 81.

Der Arbeitskreis „Strafvollzug" des **OV Düsseldorf** hat einen 22seitigen „Leitfaden für Betreuer von Strafgefangenen" mit dem Titel „Sozialisierungshilfe für Inhaftierte in geschlossenen Anstalten" erarbeitet. Dieser ist in 5 Abschnitte unterteilt. 1. Einleitung mit einer Zusammenfassung über die Dienst- und Vollzugsordnung und den Entwurf des Strafvollzugsgesetzes, über die Anstaltsarten, Arbeit, Bezahlung und Hausstrafen in den JVA's. 2. Betreuung während der Haft. 3. Vorbereitung und Hilfe bei der Entlassung. 4. Kontakt nach der Entlassung. 5. Anhang mit ausführlichem Literaturverzeichnis, mit kurzer Skizzierung der Inhalte der Bücher.
Alle dem Arbeitskreis bekannten Resozialisierungsgruppen in der BRD und Arbeitskreise der HU erhielten ein Exemplar zugesandt. Wer noch daran interessiert ist, wende sich an Marlis Meckel, 4 Düsseldorf, Rethelstr. 8. Es wird aber um Zusendung von DM 2.– pro Einzelexemplar, (bzw. wenn mehrere gewünscht werden, für die weiteren je DM 1,–, da allein das Porto für ein Einzelexemplar DM –.70 kostet) gebeten. Konto: Marlis Meckel, Commerzbank Düsseldorf, Zweigstelle Grafenberger Allee, Nr. 300 9230.

Im Mai 1973 sprach Rainer Schepper in Düsseldorf zum Thema: „Warum die Justiz nicht resozialisieren kann". Der Besuch der der Veranstaltung war minimal trotz hunderter gezielter Einladungen an an diesem Thema Interessierten, Aushängen in Schulen und Buchhandlungen und Bekanntmachung in der Zeitung.

Regionalgruppe Vordertaunus

Im Raum Vordertaunus beteiligte sich Bundesvorstandsmitglied Klaus Scheunemann an einer Diskussion desF.D.P.-Kreisverbandes Hochtaunus zum Thema „Staat und Kirche – Zwischen Konflikt und Konkordat". Bei der Frage nach der Form der Einzie-

hung der Kirchensteuer argumentierte er im Gegensatz zu den Kirchenvertretern nicht ökonomisch, sondern verwies auf das Grundrecht der negativen Bekenntnisfreiheit. Während also die Kirchensprecher darauf verwiesen, daß die gegenwärtige Form des Kirchensteuer-Einzugs ein gutes Geschäft für den Fiskus sei, weil die Kirche für die Verwaltungsarbeit zahle, legte Scheunemann für die HU Wert darauf, daß niemand – also auch nicht der Arbeitgeber – ein Recht hat, jemand zur Offenlegung seines Bekenntnisses zu zwingen. Es seien Zustände denkbar, unter denen aus der Mitteilung der Religionszugehörigkeit dem einzelnen Nachteile entstehen könnten.
Nach der Sommerpause will die Regionalgruppe Vordertaunus ihre Arbeit wieder aufnehmen, wie der stellvertretende Vorsitzende Volker Hummel mitteilt.

Neuer Vorstand in Berlin
Der neue Vorstand des **Landesverbandes Berlin** besteht aus Brigitte Heinrich-Hettinger, Annekatrein Göring-Mendel, Jürgen Moser, Dr. Dietrich Mackrodt, Eduard Bäumer, Joh. Caspar Struckmann, Peter Rothammer, Dr. Wolfgang Repenthin. Der geschäftsführende Vorsitzende ist Herr Dr. Mackrodt. Seine Stellvertreter sind die Herren Kirsch und Bäumer.

Ministerpräsidentenbeschlüsse
Der **Ortsverband Marburg** hat zusammen mit anderen Organisationen ein Komitee gegen die von der Humanistischen Union verurteilten Ministerpräsidentenbeschlüsse zur Frage der verfassungsfeindlichen Kräfte im öffentlichen Dienst gegründet. Dieses Komitee hat als Grundlage seiner Arbeit eine umfangreiche „Plattform" verfaßt. Wer sich für den Text interessiert, wendet sich bitte unmittelbar an: Humanistische Union, OV Marburg, 355 Marburg, Schützenstraße 52.

DISKUSSION

Gertrud Bienko (Koblenz) hat die von der HU formulierte Erklärung unterschrieben: „Ich bin Mitglied der katholischen Kirche und trete für eine Fristenlösung des § 218 StGB ein. Ich erkläre, daß meine Kirchenführer in dieser Frage nicht legitimiert sind, für mich zu sprechen." Diese Umfrage an Kirchenmitglieder hat Frau Bienko zu den folgenden Gedanken angeregt:
Über den gegebenen Anlaß hinaus besagt das, daß dem Unterzeichner der Verbleib in einer Kirche sinnvoll erscheint, weil er in ihr trotz aller Vorbehalte eine Möglichkeit zur Humanisierung des Menschen sieht und gerade deswegen den Kirchenführern die Legitimation zu dieser und manch anderer Entscheidung bestreitet, deswegen auch für eine Trennung von Staat und Kirche eintritt.
Ein Hindernis für viele, diesen Weg zu gehen, ist der übliche Begriff von „Glaube" als irrational-übernatürliche Orientierung und als „Kirchengläubigkeit". Diese verfälschende Einengung findet sich z. B. auch in der Nummer 62 der „Mitteilungen", in der die genannte Umfrage steht. Da wirbt eine Anzeige für ein Buch „Der glaubenslose Christ" von Bruno Balder, (ich kenne es – noch – nicht), und in dem Diskussionsbeitrag von Irma Kramer (Wedel) wird Glaube ebenfalls begriffen als eine sowohl kirchliche wie irrational-übernatürliche Angelegenheit, die dem humanwissenschaftlichen Denken zuwiderläuft. Auch in dem Buch des Gründers der HU, G. Szczesny, „Die Zukunft des Unglaubens" (1958) ist Glaube so verstanden. Aber inzwischen haben sich auch in christlicher Theologie und Kirche erhebliche Wandlungen vollzogen. Für bedeutende, wenn auch erst wenige Vorkämpfer steht Glaube nicht im Widerspruch zur Vernunft, sondern bezeugt sich in ihr, in Gesinnung und Tat von Mitmenschlichkeit und Wissenschaftlichkeit im Dienst des Menschen. Gerade das ist keineswegs „glaubenslos". Auch wer zugibt, daß die überlieferte Lehre des Jesus von Nazareth wissenschaftlich ungesichert ist, braucht nicht das Humane, das in seinem Namen aktiviert wurde und weiterhin werden kann, zu verkennen, ignorieren oder beiseite schieben. Mit dem Abwerten des als übernatürlich begriffenen „Glaubensgutes" können die Kirchen lebensberechtigt und sinnvoll sein. Überlassen wir die gute Sache Glauben nicht denjenigen, die sie für sich allein beanspruchen und dabei verfälschen! Und unterstützen wir auch darum die Forderung der HU, die Trennung von Staat und Kirche zu verwirklichen, die wesentlich dazu beitragen kann, daß Kirche und Glaube zu sich selbst finden.
Gertrud Bienko, Koblenz

Karin Puck (Frankfurt) setzt sich mit den Diskussionsbeiträgen von Dr. Hans Lehmann (Nr. 60), Irma Kramer und Hans Plützer (beide Nr. 61) auseinander; allen Beteiligten geht es um die Frage nach den Schwerpunkten der HU-Arbeit:
Den Argumenten von Herrn Dr. Lehmann, Frau Kramer und Herrn Plützer kann ich nicht zustimmen.
Mir ist nicht klar, welche Veranstaltungen der HU den Eindruck machen, als wolle die HU die Aufgaben von Parteien und Gewerkschaften übernehmen. Gerade mit ihrem Einsatz für sprachlose Minderheiten (Kinder, Ausländer und Strafgefangene) leistet die HU einen gesellschaftspolitischen Beitrag, der von Parteien und Gewerkschaften auf Grund der Unpopularität von Randgruppen in der Wohlstandsgesellschaft nicht übernommen wird. Das Problem ist nach meiner Ansicht die bisherige Schwierigkeit der HU, ihre Arbeit in der Öffentlichkeit bewußt zu machen und auf diese Weise Unterstützung zu finden.
Die politische Situation hat sich seit Gründung der HU, auch durch ihre Arbeit, gründlich gewandelt. Damit haben auch andere Sachfragen Priorität gewonnen.
Mit dem Beschluß der Delegiertenkonferenz in Mannheim, in den nächsten zwei Jahren vorrangig ein Memorandum zur Rechtspolitik zu erarbeiten, ist die Gefahr einer Verzettelung in Zukunft erfreulicherweise nicht mehr gegeben.
Karin Puck, Frankfurt

Für diese Mitteilungen ist Peter Bernhardi verantwortlich, für den Dikussionsteil Volker Hummel, 6242 Kronberg 1, Hühnerbergstr. 6a
Humanistische Union e. V., 8 München 5, Erhardtstraße 30,
Telefon: 266035/36. Redaktionsschluß 25. 7. 1973
Redaktionsschluß der nächsten Mitteilungen 15. 9. 1973
Bezugspr im Mitgliedsbeitrag der Humanistischen Union enthalten
Konten: Bank für Gemeinwirtschaft München 1700678.
Postscheck München 104200-807.
Beilagen: Je ein Prospekt des Kayser-Verlags und des PDA.

Bruno Balder

Der glaubenslose Christ

Eine kritische Auseinandersetzung
mit der christlichen Ideologie
2. Auflage innerhalb weniger Monate!

Das Fazit dieses aggressiven Buches: Die christlichen Glaubenslehren sind logisch unhaltbar, die Kirchengeschichte ist die beste Schule des Atheismus, bei ihren Moralvorschriften – über Sex, Pille, Abtreibung, Ehescheidung, Euthanasie usw. – geht es der Kirche nicht um Moral und Menschlichkeit, sondern um die eigene Macht, und dennoch kann es ratsam sein, nicht offiziell aus der Kirche auszutreten.

Melzer Verlag, Darmstadt, 143 S., Leinen, DM 14,80

EINLADUNG
zum Kongreß „Trennung von Kirche und Staat – Die Kirchen im politischen System der BRD"

PROGRAMM

Samstag, 15. September 1973

14 Uhr Eröffnung
14.15 Uhr Trennung von Staat und Kirche in der BRD
Referat: Rechtsanwalt Erwin Fischer, Ulm
Zur politischen Funktion der Kirchen
Referat: Prof. Nikolaus Koch, Witten

16.00–18.30 Uhr Arbeitskreise
1. Religiöse Erziehung und kirchlicher Einfluß im Vorschul- und Schulbereich, Einführungsref. Wilma Großmann,
2. Kirche und gesellschaftliche Machtstrukturen
Einf'ref.: Dr. Hans Müller
3. Einfluß der Kirchen auf das Zivil-, Straf- und Verfassungsrecht. Einf'ref.: Rechtsanw. Sieghart Ott
4. Kirchliche Publizistik und der Einfluß der Kirchen auf die Massenmedien. Einf'Ref.:Klaus Scheunemann,
5. Kirche – Militarismus – Entwicklungshilfe – Gewalt
Einf'ref.: Dieter Bamberg
6. Kirchliche Einflüsse im Sozialwesen
Einf'ref.: Dr. Artur Osenberg
7. Kirche – Emanzipation – Sexualität
Einf'ref.: Peter Rath,
8. Religionsunterricht und Gesellschaft
Einf'ref.: Adolf Watty

19.30 Podiumsdiskussion / Teilnehmer:
Rechtsanwalt Erwin Fischer, Ulm
Alfons Künstler, Redenkirchen (Freireligiöse Landesgem.)
Ingrid Matthäus, Münster (Jungdemokratei)
Evangelische Kirche, Vertreter noch nicht benannt
Katholische Kirche, Vertreter noch nicht benannt

Sonntag, 16. September 1973

9.30–11.00 Uhr Fortsetzung der Arbeitskreisdiskussion
11.15–12.30 Uhr Arbeitskreisberichte im Plenum
14.00–17.30 Uhr Parteien zur Trennung von Staat und Kirche
Befragung von Landtags- und Bundestagsabgeordneten

Tagungsort: Dortmund, Fritz-Hensler-Haus, Bernstraße1
Veranstalter: Humanistische Union, Landesverband NRW und Freireligiöse Landesgemeinde NRW
Teilnahmegebühr: DM 5,–
Anmeldungen an: Kongreßleitung, c/o Peter Rath, 46 Dortmund-Brackel, Postfach 3260, Tel. 0231 - 25 73 59 oder 0231 - 7 55 28 81

Übersendung der ausführlichen Arbeitsunterlagen nach Eingang der Teinahmegebühr auf dem Konto
Humanistische Union, Landesverband NRW
Commerzbank Essen, Nr. 3638 061/92 (Postscheckkonto der Commerzbank: PostscheckamtEssen, Nr. 200 50)
Bei Anmeldung bitte den gewünschten Arbeitskreis angeben!
Für Verpflegung und Übernachtung ist selbst zu sorgen (Unterlagen des Verkehrsamtes Dortmund werden zugeschickt). Fahrgeldrückerstattung ist auf Antrag möglich.